

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten
Bekanntmachung.**

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Samtgemeinde Nord-Elm

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Ersatzneubau der Sporthalle in Warberg in Süplingen in der Samtgemeinde Nord-Elm -
Sanitärtechnik

Beschreibung: Die Samtgemeinde Nord-Elm beabsichtigt den Ersatzneubau einer Sporthalle in der Gemeinde Warberg.

Kennung des Verfahrens: e3e5a85c-fe74-4212-a3ba-d96ed33a45ab

Interne Kennung: V-71-2026-NE

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45331000 *Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Warberg

Postleitzahl: 38378

NUTS-3-Code: *Helmstedt (DE917)*

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 274.114,5 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Bildung krimineller Vereinigungen: Bildung krimineller Vereinigungen: § 6e EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

Bildung terroristischer Vereinigungen: § 6e EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 6e EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen. § 6e EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 261 StGB (Geldwäsche; § 6e EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder

teilweise

dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine nach § 89a Absatz 2 Nummer

2 StGB zu begehen. § 6e EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat

nach: § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte).

Betrug oder Subventionsbetrug: § 6e EU Abs. 1 Nr. 4 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 263 StGB

(Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet

werden. § 6e EU Abs. 1 Nr. 5 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: §

264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen

Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden.

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: § 6e EU Abs. 1 Nr. 6 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 299 StGB

(Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB

(Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen). § 6e EU Abs. 1 Nr. 7 VOB/A:

Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung

von Mandatsträgern). § 6e EU Abs. 1 Nr. 8 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat

nach: den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in

Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete). § 6e EU

Abs. 1 Nr. 9 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: Artikel 2 § 2 des

Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter

im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr).

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: § 6e EU Abs. 1 Nr. 10 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: den §§ 232,

232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution,

Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: § 6e EU Abs. 4 EU VOB/A: 1Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen

zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen

ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung

festgestellt wurde, oder 2. der öffentliche Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise

die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen kann. 2Satz 1 findet keine

Anwendung, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass

die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur

Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet

hat.

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: § 6e EU Abs. 4 EU VOB/A: 1Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen von

der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen

zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen

ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung

festgestellt wurde, oder 2. der öffentliche Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise

die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen kann. 2Satz 1 findet keine

Anwendung, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass

es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge

zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet

hat.

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A:

Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung

des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens

von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen bei

der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Zahlungsunfähigkeit: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Insolvenz: § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Einstellung der beruflichen Tätigkeit: § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Schwere Verfehlung: § 6e EU Abs. 6 Nr. 3 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 6e EU Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: § 6e EU Abs. 6 Nr. 4 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die

eine
Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: § 6e EU Abs. 6 Nr. 6 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

Interessenkonflikt: § 6e EU Abs. 6 Nr. 5 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: § 6e EU Abs. 6 Nr. 7 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: § 6e EU Abs. 6 Nr. 8 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung

begangen, Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen

Nachweise zu übermitteln oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung

des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers

erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Ersatzneubau der Sporthalle in Warberg in Süpplingen in der Samtgemeinde Nord-Elm - Sanitärtechnik

Beschreibung: Die Samtgemeinde Nord-Elm beabsichtigt den Ersatzneubau einer Sporthalle in der Gemeinde Warberg.

Interne Kennung: a7f06cc3-25cb-496e-ae83-bd76d0f225fe

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45331000 *Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Warberg

Postleitzahl: 38378

NUTS-3-Code: *Helmstedt (DE917)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 22/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 21/02/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Eintragung in ein relevantes Berufsregister*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung folgende Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a EU Nr. 1 VOB/A beizufügen: - die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle ihres Sitzes oder Wohnsitzes.

Mit dem Angebot sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen

Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins

für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.

(Präqualifikationsverzeichnis) oder

vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende

"Eigenerklärung

zur Eignung" (Formblatt 124), Eigenerklärung § 48 VgV und

Eigenerklärung EU Sanktionspaket.

Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige

Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des

Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: - Berufs- oder

Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle

(Handwerkskarte) bzw. bei

der Industrie- und Handelskammer.

Kriterium: *Spezifischer Jahresumsatz*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen nach § 6a EU Nr. 2 VOB/A abzugeben: Erklärung

über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 3

abgeschlossenen
Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025), soweit es Bauleistungen und andere
Leistungen betrifft,
die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des
Anteils
bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Mit dem
Angebot sind
die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen
Auftraggeber direkt
abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die
Präqualifikation
von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig
entweder durch
eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende "Eigenerklärung zur
Eignung" (Formblatt
124), Eigenerklärung § 48 VgV und Eigenerklärung EU Sanktionspaket.
Unternehmen aus
anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben
gleichwertige Nachweise
des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des
Auftraggebers
sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: Bestätigung eines
vereidigten
Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte
Jahresabschlüsse oder
entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen. Beruft sich das
Unternehmen
zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die
jeweilige
Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o. g. Erklärungen
und Bescheinigungen
auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nimmt der
Bieter im Hinblick
auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
die Kapazitäten
anderer Unternehmen in Anspruch, behält sich der Auftraggeber vor, zu
verlangen, dass
Bieter und diese Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung
haften. Bescheinigungen,
die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die
deutsche
Sprache beizufügen.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung
der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit
des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen nach § 6a EU Nr. 2 VOB/A

abzugeben: 1.
Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich
geregeltes
Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung
nicht mangels
Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation
befindet. 2. Falls
zutreffend, Erklärung, dass ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
3. Erklärung,
dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und
Abgaben sowie
der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur
Beitragszahlung
unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat. 4. Erklärung, dass das Unternehmen
Mitglied
der Berufsgenossenschaft ist. Mit dem Angebot sind die Nachweise zu
erbringen entweder
durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die
allgemein
zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen
e. V. (Präqualifikationsverzeichnis)
oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen
beiliegende "Eigenerklärung
zur Eignung" (Formblatt 124), Eigenerklärung § 48 VgV und
Eigenerklärung EU Sanktionspaket.
Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten
haben gleichwertige
Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf
Verlangen des
Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: 1.
Falls zutreffend,
rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan. 2. Unbedenklichkeitsbescheinigung
der tariflichen
Sozialkasse (soweit das Unternehmen beitragspflichtig ist), Bescheinigung
über die
vollständige Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge,
Unbedenklichkeitsbescheinigung
des Finanzamtes oder Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt
derartige
Bescheinigungen ausstellt) oder eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b
EStG. 3.
Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des
für das
Unternehmen zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der
Lohnsummen. Beruft sich
das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer
Unternehmen,
ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o.

g. Erklärungen
und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen
vorzulegen. Nimmt
der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und
finanzielle Leistungsfähigkeit
die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, behält sich der
Auftraggeber vor,
zu verlangen, dass Bieter und diese Unternehmen gemeinsam für die
Auftragsausführung
haften. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist
eine Übersetzung
in die deutsche Sprache beizufügen.

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Arbeiten*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung
der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit
folgende Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a EU Nr. 3 VOB/A
beizufügen: Erklärung,
dass das Unternehmen in den letzten bis zu 5 abgeschlossenen
Kalenderjahren Leistungen
ausgeführt hat, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Mit
dem Angebot
sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen
Auftraggeber direkt
abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die
Präqualifikation
von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig
entweder durch
eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende "Eigenerklärung zur
Eignung" (Formblatt
124), Eigenerklärung § 48 VgV und Eigenerklärung EU Sanktionspaket.
Unternehmen aus
anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben
gleichwertige Nachweise
des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des
Auftraggebers
sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: Mindestens 3
Referenzen über
die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu 5 abgeschlossenen
Kalenderjahren,
die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, wobei für die
wichtigsten Bauleistungen
Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis
beizufügen sind.
Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten
anderer
Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis

oder es sind
die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen
Unternehmen auf Verlangen
vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind,
ist eine
Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Kriterium: *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit folgende Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a EU Nr. 3 VOB/A beizufügen: Erklärung, dass dem Unternehmen die für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Mit dem Angebot sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende "Eigenerklärung zur Eignung" (Formblatt 124), Eigenerklärung § 48 VgV und Eigenerklärung EU Sanktionspaket. Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: Angaben über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischem Leitungspersonal. Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 26/05/2026 23:00 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/5393db6a-b4a9-4b07-9341-055867113be2>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/5393db6a-b4a9-4b07-9341-055867113be2>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 09/06/2026 10:00 +02:00

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 62 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:

Nein

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis Helmstedt -Zentrale Vergabestelle-

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Samtgemeinde Nord-Elm

Identifikationsnummer: 0738c69c-cf1d-4437-b5b4-6f0c977b6372

Postanschrift: Steinweg 15

Ort: Süplingen

Postleitzahl: 38373

NUTS-3-Code: *Helmstedt* (DE917)

Land: *Deutschland*

E-Mail: verwaltung@samtgemeinde-nord-elm.de

Telefon: +49 53556970

Internet-Adresse: <https://www.samtgemeinde-nord-elm.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Identifikationsnummer: 93acdf2-10dc-4533-8014-178cea642d2b

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

NUTS-3-Code: *Lüneburg, Landkreis* (DE935)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131153306

Fax: +49 4131152943

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Helmstedt -Zentrale Vergabestelle-

Identifikationsnummer: 2553c3d6-d8cd-47fb-8e7f-5d14604ecfab

Postanschrift: Südertor 6

Ort: Helmstedt

Postleitzahl: 38350

NUTS-3-Code: *Helmstedt* (DE917)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabestelle@landkreis-helmstedt.de

Telefon: +49 53511211259

Internet-Adresse: <https://www.landkreis-helmstedt.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 48b7c201-f4b4-4617-8932-70ce3872b93d-01

Hauptgrund für die Änderung: *Korrektur – Beschaffer*

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 13f571f3-4eec-4310-bd07-b0dc33e39858 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/06/2026 15:13 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*